

EURACOAL – Presseinformation 2/2007

Verband der europäischen Kohleindustrie wählt neuen Präsidenten

Maksymilian Klank folgt Nigel Yaxley / Neuer Vizepräsident aus Tschechien

Brüssel – Der Verband der europäischen Kohleindustrie EURACOAL hat Dr. Maksymilian Klank zum neuen Präsidenten gewählt. Klank folgt Nigel Yaxley aus dem Vereinigten Königreich, der das Amt seit Anfang 2005 innehatte. Mit Klank führt nunmehr ein Vertreter des bedeutendsten Kohlelandes der EU die europäische Interessensvertretung der Branche.

Klank ist seit mehr als 25 Jahren in der polnischen Kohleindustrie tätig. Nach einem wirtschaftswissenschaftlichen Studium in Kattowitz und der Promotion an der Hochschule für Bergbau und Metallurgie in Krakau begann Klank seine berufliche Laufbahn als Leiter Finanzen in einem polnischen Steinkohleunternehmen. 1993 übernahm er zusätzlich den Bereich Finanzen bei der Katowice Coal Holding. 2001 rückte er zum Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens auf. Von 2003 bis 2006 war er Vorstandsvorsitzender der Kompania Weglowa, die mit einer Jahresförderung von 50 Millionen Tonnen das größte Unternehmen des europäischen Steinkohlebergbaus ist. Klank ist zudem Präsident des polnischen Steinkohlenverbandes und Mitglied der polnischen Akademie der Wissenschaften.

Neuer Vizepräsident von EURACOAL ist Petr Pudil. Er war in verschiedenen Wirtschaftszweigen tätig, bevor er 1998 seine Tätigkeit bei der Mostecka uhelna mining company (MUS), dem zweitgrößten Bergwerkskonzern Tschechiens, aufnahm und später stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Mutterkonzerns Appian Group wurde. Nach einem Management Buyout 2005 übernahm er 2005 den Vorstandsvorsitz der neu geschaffenen Czech Coal und trägt Verantwortung als Vorstand der Tochter MUS. Die Czech Coal Group vereint neben der Kohleförderung auch Aktivitäten im Handel sowie der Strom- und Wärmeerzeugung. Pudil ist Mitglied im Vorstand des Verbandes der tschechischen Industrie.

Klank und Pudil dankten anlässlich ihrer Wahl den Amtsvorgängern für die geleistete Arbeit. Sie kündigten an, die neue energie- und umweltpolitische Ausrichtung der Union mit großem Engagement zu begleiten und insbesondere die Erfahrungen und Anliegen von zwei großen Kohleländern in die europäische Arbeit einzubringen.